

polnischen Mitbürger nicht vorbereitet, wie die Reden zu Königsberg und Marienburg, sondern der Kaiser hat aus eigener Initiative das Wort für die Hochhaltung des Deutschthums ergrißen. Unter der polnischen Bevölkerung herrscht infolge der Kaiserrede große Aufregung. Die „Gazetta Torunska“ meint, der Kaiser müsse über das Verhalten der polnischen Unterthanen fälschlich informiert, dieselben müßten verleumdet worden sein. Niemand habe das Recht, zu behaupten, daß die polnischen Mitbürger sich nicht als preussische Unterthanen betrachten. Wenn der Kaiser wahrheitsgemäße Informationen erhalte, dürften sie der königlichen Gnade gewiß sein.

Der Schluß der Rede des Fürsten Bismarck bei dem Empfange der Westpreußen in Barzin lautete: „Wenn wir einen Vorstoß gemacht haben, wie mit dem Ankaufsgesetz, so hatten wir sofort Leute, die ein schlechtes Gewissen hatten. Das Ankaufsgesetz war das Bestreben, mit dem Gegner, dem Polen, in freundlicher Weise aufzutreten. (Große Heiterkeit.) Es war nicht unsere Absicht, zu konfiszieren oder zu verjagen, oder ein Gesetz zu geben, demzufolge jeder Edelmann in bestimmter Zeit verkaufen muß, wir geben vielmehr den wirklichen Preis der Güter. Meiner Ansicht nach ist zu eilig vorgegangen worden. Daß der Landtag den Preis bewilligte, ist erfreulich, wir sind aber zu eilig gewesen, ihn zu verwerfen. Man wollte am Donnerstag schon die Früchte des am Montag Geernteten ernten. Auf dem Wege der Rentengüter machte es sich mit der Zeit ja wohl, wenn nicht eine deutsche, so doch eine dem Deutschen treue Bevölkerung heraufzufen. Ich glaube aber, man hätte den zuerst angekauften Adelsbesitz in den Händen behalten müssen und sich dann Zeit lassen, ihn nach Umständen zu benutzen. Aber die Ueberhaftung ist immer ein Unglück. Wenn das Phantasiegebilde des Polenstaates, wie ich vorhin ausgemalt habe, entsteht, so würde Westpreußen ein Hauptobjekt polnischer Annekterung sein.“

Redner führte diesen Gedanken des weiteren aus und gab einen historischen Rückblick über die Schicksale Westpreußens, dessen Geschichte, die Eroberung der Marienburg, die Entthronung des Bürgermeisters Blume u. s. w. Der Fürst fuhr dann fort: „Preußen besitzt diese den Polen abgenommenen Länder seit 1815 und wird sie hoffentlich auch für die Zukunft besitzen. Meine Hoffnung auf eine günstige Entwicklung der Sache steht heute um so fester, wenn ich mir die Aeußerungen Sr. Majestät des Kaisers in Königsberg, ferner die Aeußerungen Sr. Majestät in Marienburg zu den Offizieren des 17. Armee-Corps und die gestrigen Worte des Kaisers in Thorn vergegenwärtige. Ich darf annehmen, daß das, was Sr. Majestät in Thorn gesprochen und der Telegraph hienüher verbreitet hat, Ihnen bekannt geworden ist. Wenn die Geslossenheit der deutschen Nation im Bunde mit den Fürsten und Sr. Majestät dem Kaiser dem Polonismus gegenübertritt, kann eine Gefahr für uns nicht darin liegen; sie ist überwunden, sobald dieser Entfang der amtlichen und nationalen Ueberzeugung innerhalb der deutschen Länder den Polen gegenüber konstatiert ist, dann ist die ganze Polengefahr auf das natürliche Verhältnis zurückgeführt, das Verhältnis einer bedauerlichen, aber doch gegenüber dem Reichskörper schwachen Opposition, und einer Opposition, die nicht die Absicht hat, in welcher Sr. Majestät in Königsberg ihr Verechtigung zurprach, nämlich, daß sie vielleicht durch den Kaiser genehmigt und rehabilitiert werden könnte.“

So versteht Redner die Königsberger Aeußerung: Opposition ist nur bestraft, wenn der Kaiser an der Spitze ist. Viele Zeitungen halten das für eine Unmöglichkeit. Wir haben solche erlebt. Der Fürst erinnerte an die Zeiten des Generals York, sowie an die preussische Aufhebung gegen Friedrich Wilhelm III. Diese haben den ersten Anstoß zu der glorreichen Entwicklung von 1813 gegeben. Diese wäre ganz unmöglich gewesen, wenn man innerlich nicht der königlichen Zustimmung sicher war, um den König in die Lage zu bringen, daß dieser die königliche Opposition, wie die Engländer sagen, zur amtlichen Auffassung machte, nach Breslau ging und die Sache annahm. Auch in den Jahren 1848/49 sei dies mit Friedrich Wilhelm IV. wieder erlebt worden, daß eine Opposition stattfand, die sich bewußt war, den König entweder als geheimen Oberen zu haben oder doch überzeugt war, ihn als solchen zu gewinnen. So könne auch eine konservative Opposition bei uns nur stattfinden, wenn sie getragen sei von der Hoffnung, den König für ihre Sache zu gewinnen. (Großer Beifall.) So nur könne sie gemeint sein. „Und so sollten wir“, fuhr der Fürst fort, „nicht nur dem Könige gegenüber, sondern auch gegenüber unseren Landsteuenern es uns zur Regel machen, wir sollten nicht mit bitteren Reden in der Presse und dem Parlament uns zu tranken suchen, sondern immer als letztes Ziel im Auge behalten, uns gegenständig zu gewinnen, wie den Gegner so zu verlegen, daß jedes Band zerfällt ist. Ich habe daher nur solche Gegner im Sinne, die den Staat, die Monarchie überhaupt wollen, also für nach preussischen Begriffen nur königstreue Gegner. Von anderen spreche ich nicht; mit ihnen giebt es keinen Vertrag.“

Ob der König in dem herzerhebenden Auftrufe zum Kampfe gegen die Umsturzparteien auch das polnische Junkertum mitgemeint, dies, sagte der Fürst, müsse er unentschieden lassen. „Aber für uns“, sagte er hinzu, „ist die polnische Adelsbestrebung eine Umsturzpartei; wir können den Zustand, der den Herren vorschwebt, nicht ertragen, wir müssen auf Tod und Leben dagegen kämpfen. Es wird nicht zum Kampfe kommen, sobald wir Deutschen unter uns mit dem Kaiser und den deutschen Fürsten einig bleiben, und es ist für uns und die Befehlsungen, die Sie hierhergeführt, ein herzerhebendes Moment, in dem wir zu sagen berechtigt sind, daß der Kaiser und König diese Befehlsungen teilt. Gott erhalte sie, Gott fördere sie, Gott gebe dem Kaiser Räte und Diener, die bereit sind und Bereitwilligkeit zeigen, im Sinne dieses Kaiser-Programms zu handeln. In diesem Sinne fordere ich Sie auf, einzustimmen in ein Hoch auf Seine Majestät den Kaiser. Gott schütze den Kaiser!“

Als am Schluß der Rede die Hochrufe auf den Kaiser verlungen waren, stieg (so heißt es in einem anderen Berichte noch) Frau Legationsrat Gerlich, eine Dame im blauen Kleide und mit schwarzem Federhut, zur Terrasse auf. Sie überreichte mit der schon erwähnten Ansprache der Fürstin einen Blumenstrauß, während der Fürst hinter ihr stand und ihr über die Schulter hinweg lauschte. Dann folgte eine Dame nach der anderen, jede mit einem Blumenstrauß, jede mit einer Ansprache. Ein sehr hübsches junges Fräulein beflammete ein Gedicht, in dem „des deutschen Dienstbräute“ den Fürsten Bismarck grüßen. Sie beugte sich dann, um dem Fürsten die Hand zu küssen. Der Fürst nahm sie beim Kopf und küßte sie herzlich auf die Wange. Frau Buchdruckermeister Hopp aus Dirschau führte eine ganze Deputation junger Weiblichkeit. Legationsrat Gerlich erzählte, wie die Männer Westpreußens in sluger Politik ihre Frauen mitgebracht, um der Gardinenpredigt zu entgehen. Als er, auf die Fürstin Bismarck kommend, sagte: „Ich weiß nicht, ob vor 50 Jahren Fräulein von Puttkamer hinausgegangen ist und die Blumen gefragt hat, er liebt mich, liebt mich nicht“, schüttelte die Fürstin lächelnd verneinend den Kopf. Dann sprach der Fürst noch einmal: „Meine Damen, glauben Sie nicht, daß Sie in Westpreußen das Monopol haben, tugendhafte Männer zu haben. Wir Pommeren sind auch so erhaben. Wir fügen uns alle in Bereitwilligkeit unter das sanfte Joch unserer Frauen, und ich bin sehr glücklich, die Vertreterinnen der leitenden Macht in den westpreussischen Häusern bei mir zu sehen.“

— Nun stiegen immer neue Blumen- und Kranzträger auf die Terrasse. Ganz besonders viel Damen. Schnell war die Terrasse so mit jungen Mädchen und würdigen Frauen gefüllt, daß Tyras sich verdrängt sah und sich auf die Freitreppe rettete. Unter Hurra und Musik küßte der Fürst ein junges Fräulein nach dem andern. Manches hübsche Fräulein war wahrhaft gerührt. Jede wollte einen Kuß, und der Fürst sah sich ansetzend genötigt, doch eine gewisse Auswahl zu treffen. Inzwischen näherten sich auf dem Tisch Bouquets, Füllhörner, Heidekraut- und Wiesensblumenkränze übereinander. Als es 1/2 2 Uhr geworden, mußten die Westpreußen den Hof verlassen, um nach kurzem Aufenthalt vor der Wurstküche in der Molkerei nach

der Bahnstation Hammermühle zu wandern. Sie desfilieren noch mit Musik vor der Terrasse und zogen dann durch das Dorf.

Die an der Huldigungsfahrt der Westpreußen nach Barzin beteiligt gewesenen Journalisten haben einen Revers unterschreiben müssen, daß sie das von ihnen dort aufgenommene Stenogramm der Reden des Fürsten Bismarck vor der Veröffentlichung dem Sekretär des Fürsten, Dr. Chrysander, vorzulegen haben. Diese Maßnahme ist darauf zurückzuführen, daß es zwischen den Vertretern der Presse und Dr. Chrysander anlässlich der Huldigungsfahrt der Posener zu Differenzen gekommen ist, da die Journalisten dem Wunsche Chrysanders, ihm das Stenogramm vorzulegen, wegen Kürze der Zeit nicht entsprechen zu können glaubten. Der Grund für diese Maßnahme liegt offenbar in der durchaus zu billigen Absicht des Fürsten, daß nicht Reden in die Welt telegraphiert werden, die er gar nicht gehalten hat.

Gegen die Wiederholung der Reichsfinanzreformvorlage soll, wie der „Schles Volksztg.“ „aus guter Quelle“ gemeldet wird, bei einem Teil der verbündeten Regierungen selbst entschiedener Widerstand bestehen.

Beim Abschlusse des russischen Handels-Vertrages war die Befürchtung ausgesprochen worden, daß die russische Regierung nicht loyal dessen Bestimmungen innehalten, sondern die deutschen Vorteile durch nachträgliche Zwangs Eingriffe illusorisch machen würde. Aus deutschen industriellen Kreisen werden jetzt hauptsächlich allerlei Klagen laut, daß die russische Regierung einerseits durch Erhöhung der Eisenbahntarife, andererseits durch allerlei künstliche Auslegungen des Zolltarifs die im Handels-Vertrag mit Deutschland zugestandenen Zollermäßigungen wieder aufhebe. Wie die „N. L. C.“ mitteilt, sollen darüber bereits diplomatische Verhandlungen stattgefunden haben.

Nr. 38 des Reichs-Gesetzblatts enthält die Bekanntmachung, betr. den Schutz deutscher Warenbezeichnungen in auswärtigen Staaten; vom 22. September 1894.

Die „Berl. Börsenztg.“ schreibt: Von zuverlässiger Seite wird uns berichtet, daß der neue Entwurf eines Gesetzes über die Organisation des Handwerkerstandes und die Regelung des Lehrlingswesens im preussischen Staatsministerium fertiggestellt sei. Der Verfasser, Handelsminister von Berlepsch, hat sich anscheinend für einen bedingten Innungszwang gewinnen lassen. Alle Handwerker, die mindestens eine fremde Arbeitskraft (Lehrling oder Geselle) beschäftigen, sollen zum Eintritt in die Innung gezwungen werden. Soweit das Innungsstatut eine Meisterprüfung zur Voraussetzung hat, sollen von dem allgemein erzwungenen Beitritt alle bereits selbständigen Meister dispensiert sein. Die Fachgenossenschaften des vorjährigen Entwurfs konnten jetzt natürlich ausgegeben werden. Wie wir hören, hat der Minister des Handels, v. Berlepsch, keineswegs ungeteilte Zustimmung im Staatsministerium gefunden. Man spricht von seinem und dem anderen Separatvotum gegen den Entwurf. Wenn derselbe an den Bundesrat gelangt, ist noch unsicher.

Der Reichstagsabgeordnete Dr. Paasche erklärt in der „Nationalliberalen Korrespondenz“, daß die Nachricht, er beabsichtige das akademische Lehramt niederzulegen, durchaus unbegründet sei.

Dem national-liberalen Landtagsabgeordneten von Eynern ist, wie die „Köln. Btg.“ erfährt, der erbliche Adelstand verliehen worden. Ein Zweig seiner Familie ist bereits seit Anfang der achtziger Jahre geadelt.

Im „Antisemitischen Generalanzeiger“ findet sich folgende interessante Erklärung: Auf die Anzapfung und absichtlich angeberische Verdächtigung der „P. si“, des „Volks“ und der andern Talmud-Christen- und Talmud-Sündenblätter erklärt der Verband deutsch-liberaler (freifügender) Antisemiten Berlins, daß er in gar keinem Zusammenhange mit der bestehenden antisemitischen Partei steht, daß er durchaus selbständig und unabhängig seine Wege geht, und daß er im besonderen weder zu Professor Förster noch zu Rektor Ahlwardt irgend welche Beziehungen gehabt hat, noch unterhält! Wenn das jüdische „Tageblatt“ und der jüdische „Vorwärts“ uns als verrückt und gemeingefährlich und das „Volks“ uns Wobangläubige bezeichnet, so beweist das nur, daß wir den Nagel auf den Kopf getroffen haben! S. A. Maire.

Der 15. Parteitag der süddeutschen Volkspartei in Aichaffenburg hat beschlossen, die Anträge auf Aenderung des Parteiprogramms einem Ausschuss von 14 Mitgliedern zur Durchsicht und zur Ausarbeitung eines Aenderungsentwurfs auf Grundlage des bestehenden Programms zu übergeben, der einem außerordentlichen Parteitag, spätestens dem nächsten ordentlichen Parteitag, unterbreitet werden soll. Die Programmkommission sowie der engere und weitere Ausschuss wurde auch sofort gewählt.

[Kolonialpolitisches.] Gegen den früheren Kanzler von Kamerun, Leif, soll nach Potsdamer Meldungen die Disziplinarverhandlung, welche am 16. Oktober in Potsdam stattfand, unter Ausschluß der Öffentlichkeit erfolgen. Gegen Assessor Wehlan wird eine Disziplinarverhandlung überhaupt nicht stattfinden, da er von der Bestimmung des § 100 des Gesetzes, betr. die Rechtsverhältnisse der Reichsbeamten vom 31. März 1873, Gebrauch gemacht und seine Entlassung aus dem Reichsdienst mit Verzicht auf Titel, Gehalt und Pensionsanspruch nachgesucht hat.

Der Afrikareisende Dr. Baumann, der es abgelehnt hat, in den Verwaltungsdienst des Reichs zu treten, ist mit der deutsch-afrikanischen Gesellschaft dahin übereingekommen, daß er für sie einen Auftrag in Ostindien ausführt; dann geht er nach der ost-afrikanischen Küste für die Leipziger Gesellschaft für Erdkunde, um die Inseln Bangibar, Pemba und Mafia genauer zu erforschen.

Wittenberg, 24. September. Der Kaiser hat mit seiner Vertretung bei der am 31. Oktober, vormittags 11 Uhr, stattfindenden Enthüllung des vor der Schlosskirche aufgestellten Kaiser Friedrich-Denkmal den Generaladjutanten Generalleutnant v. Winterfeld beauftragt, die Kaiserin Friedrich hat auf die Einladung zu der Enthüllung dem Denkmal Komitee zu Händen des Hofbuchhändlers Wunschmann ihren Dank ausgesprochen und, da

Ihre Majestät an dem Tage verhindert ist, ihren späteren Besuch in bestimmte Aussicht gestellt.

Kiel, 24. September. Prinz Heinrich von Preußen hatte im letzten Augenblicke die Abreise nach England aufgehoben und wohnte heute in der Marine-Garnisonkirche der feierlichen Enthüllung der von dem Kaiser gestifteten Gedächtnistafel zu Ehren der auf dem Panzerschiff „Brandenburg“ Verunglückten bei. Oberpfarrer Langheld hielt die Weiherede. Der Kommandant der „Brandenburg“, Kapitän z. S. Bendemann, gab dem Dank für die allerhöchste Ehrung Ausdruck. Der Feier wohnten zahlreiche Offiziere und Deputationen aller Teile der Marine bei. Bei der Enthüllung sprach Prinz Heinrich folgende Worte: „Kameraden! Ein ernster, aber auch zugleich ein freundlicher Augenblick ist für uns gekommen: ernst, denn er erinnert an den Tod so vieler braver Leute; erfreulich, weil er uns zeigt, wie Se. Majestät unser allergnädigster Kriegsherr für seine Marine sorgt und ihre Lebensfähigkeit bis in die genauesten Einzelheiten kennt und gewissenhafte Pflichttreue zu loben weiß. Ich will hier ausdrücklich die Worte Sr. Majestät des Kaisers wiederholen, welche er unmittelbar nach jenem Unglücksfalle auf S. M. S. „Brandenburg“ ausgesprochen hat: Ich halte dafür, daß die Männer auf der „Brandenburg“ nicht gestorben sind, sondern auf dem Felde der Ehre den Heldentod gefunden haben. So möge denn diese Denktafel, welche Se. Majestät der Kaiser, unser allergnädigster Kriegsherr, dem Andenken der auf der „Brandenburg“ verunglückten pflichttreuen Männer gewidmet hat, eine Mahnung für alle Zeiten sein, zu unentwegter Gewissenhaftigkeit und Pflichttreue in Allerhöchstem Dienste. Im Auftrage Sr. Majestät des Kaisers und Königs übergebe ich nunmehr die von ihm allergnädigst gestiftete Denktafel der Kirche.“

Weimar, 23. September. (R. Z.) Das Befinden des Erbgroßherzogs ist nicht günstig, doch ist augenblicklich keine Gefahr vorhanden. Er wird nach der Riviera gehen. Die Landtagswahl hat bis jetzt nur Wiedewahlen gebracht; Socialdemokratie und Volkspartei haben keine Erfolge.

Darmstadt, 24. September. Dem „Rheinischen Kurier“ wird von hier gemeldet, daß, da man einem freudigen Ereignisse am heftigsten Hofe entgegenstehe, es lediglich vom Befinden der Großherzogin abhängt, ob die Hochzeit des Großfürsten-Thronfolgers im Januar oder einige Wochen später stattfindet. Der Uebertritt der Prinzessin Alix zum orthodoxen Glauben sei zweifellos und werde kurze Zeit vor der Hochzeit stattfinden.

Stuttgart, 24. September. Der „Staats-Anzeiger für Württemberg“ meldet: Der Kriegsminister General Frhr. Schott von Schottenstein ist an einem ernstesten Blasenleiden entzündlicher Natur erkrankt. Eine notwendig gewordene Operation wurde am 22. d. ohne Zwischenfall vollzogen. Das Befinden des Kriegsministers ist jetzt zufriedenstellend.

Oesterreich.

Wien, 24. September. Der Kaiser und Prinz Leopold von Bayern trafen heute nachmittag aus Wisegrad hier ein und begaben sich nach Schönbrunn. Der König von Sachsen trifft morgen früh hier ein und wird vom Kaiser am Bahnhofe empfangen werden. Nach dem Dejeuner in Schönbrunn erfolgt die Abreise der Majestäten zu den Hochwildjagden bei Radmer in Steiermark, an denen auch Prinz Leopold von Bayern und der Großherzog von Toskana teilnehmen.

Der Vollaugsauschuss der deutsch-böhmischen Landtagsabgeordneten beschloß, die deutschen Vertrauensmänner Böhmens zum 14. Oktober nach Prag einzuberufen zu einer endgültigen Entscheidung darüber, wie die Führung der Deutschen in Böhmen nach Schmejkals Tode einzuteilen sei.

Bpest, 24. September. Der Marineauschuss der ungarischen Delegation nahm das gesamte Marinebudget unverändert nach den Anträgen der Regierung an. Ferner wurde der Antrag des Präsidenten angenommen, für die erfolgreiche, umsichtsvolle Leitung des Marinerefforts durch den Admiral Freiherrn v. Sterned einmütige Anerkennung und Vertrauen auszusprechen und im Ausschussberichte auszudrücken. Der Heeresauschuss erledigte das Extraordinarium des Heeresbudgets ohne Abänderung. Im Laufe der Debatte legte Oberlieutenant Hugel die Umstände dar, welche das Mehrerfordernis von 2 Millionen für rauchschwaches Pulver verursachen, und versicherte, man könnte über die Qualität und die Haltbarkeit des eingeführten rauchschwachen Gewehr- und Geschüßpulvers vollkommen beruhigt sein. Der Titel „Fortifikatorische Maßnahmen“ wurde in vertraulicher Sitzung erliebt.

Schweiz.

Auf der Berner diplomatischen Konferenz, betr. die Veröffentlichung der Staatsverträge, ist auch Deutschland durch seinen Gesandten Dr. Busch vertreten, ferner der Kongostaat und die Republik Ecuador.

Frankeich.

Paris, 23. Septbr. Bei den Pariser Festungsman üvern hat sich u. a. herausgestellt, daß die bisherigen Mittel zur Verteidigung der Belagerer unzulänglich sind. Es soll daher die Artilleriegeschule in Poitiers mit der Aufzucht einer wirksamen Schießmethode auf Luftballons beauftragt werden, die eventuell in den Manövern des nächsten Jahres zur Anwendung kommen wird. Die beiden Reservetaballerieregimenter, welche demnach probeweise mobil gemacht werden sollen sind nunmehr bestimmt worden. Das eine ist das 45. Dragonerregiment der 2. Region (Compiègne), das andere das 21. reitende Jägerregiment der 12. Region (Amoges). Die Probemobilmachung findet vom 1. bis zum 27. Oktober statt.

Der französische Kriegszug nach Madagaskar soll nach dem „Gaulois“ im November stattfinden. Die Kriegsexpedition soll zunächst 7200 Mann umfassen. Zugleich sollen 12 Kriegsschiffe mit zur Verwendung gelangen.

Paris, 24. September. In Nogent-sur-Seine wurde an Stelle des nunmehrigen Präsidenten Casimir Perier Bachimont (radikal) mit 4986 Stimmen zum Deputierten gewählt. Der Gegenkandidat Robert (Republikaner) erhielt 4582 Stimmen.